Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

37. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 30. Dezember 1983	Nummer 66
---------------------	--	------------------

Glieder-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2128	20. 12. 1983	Verordnung zur Erprobung von Pflegesatzmodellen (Pflegesatzmodellverordnung – MOVO – BpflV) . . .	640
2251 2254	20. 12. 1983	Gesetz über die Durchführung eines Modellversuchs mit Breitbandkabel (Kabelversuchsgesetz NW – KabVersG NW)	640
223	13. 12. 1983	Verordnung über Einzelheiten der Förderung von Einrichtungen der Weiterbildung	644
77	20. 12. 1983	Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes (LWG)	644
7831	13. 12. 1983	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Tierseuchenrechts	645
7842	13. 12. 1983	Verordnung über Zuständigkeiten nach der Schulmilch-Beihilfen-Verordnung	646

(2) Die Landesregierung wird ermächtigt, Einzelheiten der Versuchsbedingungen nach Maßgabe von Absatz 1 durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Landtags zu regeln. Dies gilt auch für Änderungen während der Dauer des Modellversuchs.

(3) Die Rückkanaltechnik darf für Abstimmungen und Wahlen nicht genutzt werden. Meinungsumfragen mittels Rückkanal über Angelegenheiten, die in den gesetzgebenden Organen des Bundes, des Landes Nordrhein-Westfalen, in den Vertretungskörperschaften der Stadt Dortmund oder des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe behandelt werden, sind unzulässig; Artikel 11 des Bildschirmtext-Staatsvertrages vom 18. März 1983 (GV NW. S. 227) sowie § 13 Abs. 4 bleiben unberührt.

(4) Die Aufteilung der verfügbaren Kanäle zur Nutzung für Rundfunkdienste sowie für andere Dienste regelt die Landesregierung durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Landtags. Sie hat dabei insbesondere den Versuchszweck, die Erfordernisse der wissenschaftlichen Begleitforschung und den Kanalbedarf für andere Dienste zu berücksichtigen. Dies gilt auch für Änderungen während der Dauer des Modellversuchs.

§ 4

Rundfunkdienste

(1) Der Westdeutsche Rundfunk Köln ist für die kabelgebundene Verbreitung der in Dortmund ortsüblich empfangbaren Rundfunkprogramme mit Ausnahme des Zweiten Fernsehprogramms sowie für die kabelgebundene Verbreitung weiterer Rundfunkprogramme im Versuchsgebiet, die in der Bundesrepublik Deutschland drahtlos empfangbar sind, zuständig.

(2) Der Westdeutsche Rundfunk Köln veranstaltet und verbreitet im Versuchsgebiet Rundfunkversuchsprogramme, darunter je ein lokales Hörfunk- und Fernsehprogramm sowie je einen Offenen Kanal in Hörfunk und Fernsehen (§ 10). Er bietet im Versuchsgebiet besondere Fernsehprogrammbeiträge gegen zusätzliche Pauschal- oder Einzelgebühr (Spartenprogramme) an (§ 11). Er kann Kabeltextverteildienste veranstalten und verbreiten.

(3) Der Westdeutsche Rundfunk Köln soll das lokale Hörfunkprogramm im Raum Dortmund auch drahtlos mit Sendern kleiner Leistung verbreiten. Er kann das lokale Fernsehprogramm im Raum Dortmund auch drahtlos mit Sendern kleiner Leistung verbreiten. In das lokale Hörfunkprogramm und das lokale Fernsehprogramm kann er Eigenbeiträge nicht erwerbswirtschaftlich orientierter Dritter einbeziehen.

(4) Das Zweite Deutsche Fernsehen kann sich nach Maßgabe der für die Anstalt geltenden Rechtsvorschriften mit Programmbeiträgen am Modellversuch beteiligen. Die Anstalt kann neben der kabelgebundenen Verbreitung des Zweiten Fernsehprogramms im Versuchsgebiet Fernsehversuchsprogramme, insbesondere ein zeitversetztes Zweites Fernsehprogramm, unter Einschluß von Videotext sowie Kabeltextverteildienste veranstalten und verbreiten. Sie kann ferner Spartenprogramme (Absatz 2 Satz 2), insbesondere Bildungsprogrammbeiträge, anbieten. § 1 Abs. 5 Nr. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 5

Nutzung neuer Informations- und Kommunikationsdienste

(1) In den Modellversuch werden die neuen Informations- und Kommunikationsdienste, die insbesondere für die geschäftliche Kommunikation von Bedeutung sind, einbezogen und erprobt, soweit die vom Bund in seiner Zuständigkeit liegenden Voraussetzungen hierfür geschaffen sind. Mit der Maßgabe, daß die vom Bund zu schaffenden Voraussetzungen vorliegen, soll insbesondere die Nutzung einer digitalen Fernsprechortsvermittlungsstelle erprobt werden.

(2) Die Erprobung dieser neuen Kommunikationsdienste soll insbesondere in einem solchen Teilbereich des Versuchsgebietes, in dem die Voraussetzungen für die Nutzung im Rahmen der geschäftlichen Kommunikation gegeben sind, erprobt werden.

(3) Die Anwendung dieser Dienste soll wissenschaftlich begleitet und ausgewertet werden. Dabei sollen die Wirkungen ihrer Nutzung auf die bestehende Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt untersucht werden.

§ 6

Projektstelle des Westdeutschen Rundfunks Köln

(1) Der Westdeutsche Rundfunk Köln errichtet zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Rahmen des Modellversuchs eine Projektstelle in Dortmund.

(2) Die Projektstelle hat die Aufgabe, alle Maßnahmen zu planen, vorzubereiten und durchzuführen, die insbesondere im Bereich des Programms, der Technik und der Finanzierung erforderlich sind, um die der Anstalt im Rahmen des Modellversuchs obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Rechte und Pflichten der Projektstelle richten sich nach den für die Anstalt geltenden Rechtsvorschriften, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

(3) Die Projektstelle erfüllt ihre Aufgaben organisatorisch, personell und finanziell getrennt vom übrigen Betrieb der Anstalt; der Rundfunkrat beschließt über die Rahmenbedingungen für die Durchführung des Modellversuchs durch die Projektstelle. Er erläßt insbesondere Richtlinien über die Programmrahmenplanung, die Finanzplanung, den Haushalts- und Stellenplan und über die Haushaltsführung. Er stellt die zur Erfüllung der Aufgaben der Projektstelle erforderlichen Haushaltsmittel zu deren Verwendung bereit; sie sind im Haushaltsplan der Anstalt getrennt auszuweisen. Die Aufgaben des Intendanten und des Verwaltungsrates bleiben unberührt.

(4) Die Projektstelle entscheidet gemäß Absatz 2 und 3 selbständig über die Verwendung der zur Durchführung des Modellversuchs bereitgestellten Mittel.

(5) Die Projektstelle besteht aus der Projektleitung und dem Projektrat.

§ 7

Projektleitung

(1) Das Projekt wird vom Projektleiter unbeschadet der Rechte der Anstaltsorgane und des Projektrates selbständig und unter eigener Verantwortung geleitet.

(2) Der Projektleiter wird vom Intendanten mit Zustimmung des Verwaltungsrates für die Dauer des Modellversuchs ernannt.

(3) Der Projektleiter legt jährlich dem Projektrat innerhalb der von der Satzung bestimmten Fristen zur Feststellung vor:

1. den Entwurf der Programmrahmenplanung der Projektstelle für den Modellversuch,
2. den Entwurf des Haushalts-, Stellen- und Finanzplans der Projektstelle,
3. den Entwurf des Jahresabschlusses, des Geschäftsberichts und des Erfahrungsberichts über Verlauf und Stand des Modellversuchs.

Er leitet zusammen mit dem Beschluß des Projektrates (§ 9)

1. dem Intendanten den Haushalts-, Stellen- und Finanzplan, den Jahresabschluß und Geschäftsbericht der Projektstelle,
2. dem Rundfunkrat die Programmrahmenplanung und den Erfahrungsbericht der Projektstelle zur endgültigen Beschlußfassung durch den Rundfunkrat zu.

(4) Beschwerden von Teilnehmern am Modellversuch sind an den Projektleiter zu richten. Hilft er der Beschwerde nicht ab, leitet er sie mit einer Stellungnahme dem Projektrat zur abschließenden Entscheidung zu. Eine Zensur des Programms findet nicht statt.

§ 8

Zusammensetzung des Projektrates

(1) Der Projektrat besteht aus 27 Mitgliedern.

(2) Je ein Vertreter wird von folgenden Organisationen, Institutionen und Bereichen entsandt:

- a) Evangelische Kirche,
- b) Katholische Kirche,
- c) Jüdische Kultusgemeinde,
- d) Volkshochschule der Stadt Dortmund,
- e) Rheinisch-Westfälische Auslandsgesellschaft,
- f) Deutscher Gewerkschaftsbund,
- g) Deutsche Angestellten-Gewerkschaft,
- h) Industrie- und Handelskammer,
- i) Handwerkskammer,
- k) Stadtjugendring,
- l) Stadtsporthbund,
- m) Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände,
- n) Journalisten,
- o) Eltern,
- p) Verbraucher,
- q) Kunst und Kultur,
- r) Hochschulen,
- s) Schulen.

Drei Vertreter werden vom Rat der Stadt Dortmund entsandt. Ein Vertreter der ausländischen Einwohner in Dortmund sowie fünf Teilnehmer am Modellversuch werden vom Rundfunkrat gewählt; diese sechs Vertreter sollen Einzelpersonen oder Gruppenvertreter sein, die solche Versuchsteilnehmer repräsentieren, die durch die in Satz 1 Buchstaben a) bis s) genannten Projektratsmitglieder nicht hinreichend vertreten sind. Die Projektratsmitglieder der in Satz 1 Buchstaben n) bis s) angeführten Organisationen, Institutionen und Bereiche werden auf Vorschlag vom Rundfunkrat gewählt. Der Rat der Stadt Dortmund legt dem Rundfunkrat hierfür jeweils drei Vorschläge in bestimmter Reihenfolge vor.

(3) Der Vorsitzende des Rundfunkrats fordert die entsendungsberechtigten Organisationen, Institutionen und Bereiche auf, die Vertreter innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Aufforderung zu entsenden. Solange und soweit vom Entsendungsrecht kein Gebrauch gemacht wird, verringert sich die Zahl der Mitglieder des Projektrates entsprechend.

(4) Die Mitglieder des Projektrates werden für die Dauer des Modellversuchs entsandt. Ihre Mitgliedschaft endet, sobald sie der entsendungsberechtigten Organisation oder Institution nicht mehr angehören. Scheidet ein Mitglied gemäß Satz 2 oder aus anderen Gründen vorzeitig aus, so ist gemäß Absatz 2 ein Ersatzmitglied zu entsenden oder zu wählen; Absatz 3 Satz 2 bleibt unberührt.

(5) Die Mitglieder des Projektrates sollen nach ihren Kenntnissen und Erfahrungen befähigt sein, an den Beratungen des Projektrates und der Erfüllung seiner Aufgaben sachkundig mitzuwirken. Sie sollen ihre Hauptwohnung in Dortmund haben. Sie haben die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen und sind an Weisungen nicht gebunden. Mitglieder der Bundes- oder einer Landesregierung sowie Angehörige der am Modellversuch beteiligten Rundfunkanstalten können dem Projektrat nicht angehören.

(6) Der Projektrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Beschlußfassung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der Mitglieder.

(7) Der Projektrat tritt mindestens viermal jährlich zusammen. Er ist ferner einzuberufen, wenn dies mindestens sieben seiner Mitglieder oder ein Organ des Westdeutschen Rundfunks Köln verlangen. Der Projektrat tagt öffentlich; Ausnahmen können im Einzelfall mit zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder beschlossen werden. Der Intendant sowie Mitglieder anderer Organe des Westdeutschen Rundfunks Köln, je ein Vertreter des Zweiten Deutschen Fernsehens, der Landesregierung und der Deutschen Bundespost können an den Sitzungen teilnehmen; sie sind auf Verlangen zu hören.

(8) Die Tätigkeit im Projektrat ist ehrenamtlich. Die Mitglieder werden nach Vorschriften des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder von

Ausschüssen vom 13. Mai 1958 (GV. NW. S. 193) entschädigt. Die Kosten für eine Geschäftsstelle und den erforderlichen Geschäftsbedarf trägt der Westdeutsche Rundfunk Köln.

(9) Die erste Sitzung des Projektrates wird vom Vorsitzenden des Rundfunkrates einberufen und von ihm bis zur Wahl des Vorsitzenden geleitet.

§ 9

Aufgaben des Projektrates

(1) Der Projektrat berät die Projektleitung und die Organe der Anstalt in allen Fragen, die mit dem Modellversuch zusammenhängen.

(2) Der Projektrat stellt fest:

1. die Programmrahmenplanung,
 2. den Jahresabschluß,
 3. den Geschäftsbericht,
 4. den Erfahrungsbericht,
 5. den Haushaltsplan,
 6. den Stellenplan,
 7. den Finanzplan
- der Projektstelle.

(3) Der Projektrat nimmt zum Entwurf einer Satzung über den Offenen Kanal Stellung.

(4) Der Projektrat entscheidet über Beschwerden von Teilnehmern am Modellversuch gemäß § 7 Abs. 4 Satz 2. Eine Zensur des Programms findet nicht statt.

§ 10

Offener Kanal

(1) Der Westdeutsche Rundfunk Köln hält im Rahmen seiner Fernseh- und Hörfunkversuchsprogramme je einen Offenen Kanal zur Verfügung. Jeder, der in Dortmund seine Hauptwohnung, seinen ständigen Aufenthalt oder Sitz hat, kann über den Offenen Kanal nach näherer Bestimmung der Satzung des Westdeutschen Rundfunks Köln eigene Programmbeiträge verbreiten. Die Programmbeiträge müssen unentgeltlich erbracht werden. Sie müssen Namen und Anschrift der Person oder Personengruppe enthalten, die den Programmbeitrag erbringt.

(2) Programmbeiträge der Stadt Dortmund sowie staatlicher Stellen sind nicht zulässig; ihnen ist jedoch in angemessenem Umfang und zu einem angemessenen Zeitpunkt Gelegenheit zu geben, zu Programmbeiträgen Stellung zu nehmen, welche ihre Belange berühren. Satz 1 findet keine Anwendung auf Programmbeiträge der Volkshochschule und der Bühnen sowie vergleichbarer Einrichtungen der Stadt Dortmund.

(3) Einzelheiten über den Zugang zum Offenen Kanal und über seine Nutzung werden durch Satzung des Westdeutschen Rundfunks Köln nach folgenden Grundsätzen geregelt:

1. Im Offenen Kanal muß jeder gemäß Absatz 1 Satz 2 zu Wort kommen können.
2. Die Projektleitung kann jeden Interessenten, der Programmbeiträge für den Offenen Kanal produzieren und verbreiten will, beraten und ihm Produktionshilfen zur Verfügung stellen.
3. Für den einzelnen Programmbeitrag und für die monatliche Gesamtsendezeit von Programmbeiträgen eines Interessenten wird allgemein eine Höchstdauer festgelegt. Sie ist so zu bemessen, daß im Rahmen der festgesetzten Sendezeiten Programmbeiträge aller Interessenten innerhalb eines angemessenen Zeitraumes ausgestrahlt werden können.
4. Programmbeiträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs ausgestrahlt; für besondere Fälle können Ausnahmen vorgesehen werden.

(4) Soweit Programmbeiträge als Aufzeichnung ausgestrahlt werden, legt die Satzung die Voraussetzungen hierfür fest. Die Projektleitung stellt für die Herstellung

von Beiträgen für den Offenen Kanal Studiokapazität zur Verfügung; sie ermöglicht die Ausleihe von Aufnahmekameras. Für die Bereitstellung dieser und anderer Produktionshilfen kann eine angemessene Kostenerstattung vorgesehen werden.

(5) Die Projektstelle zeichnet alle im Offenen Kanal verbreiteten Programmbeiträge auf. Die Aufzeichnung ist für die Dauer von sechs Monaten aufzubewahren. Wird ein Programmbeitrag innerhalb dieser Frist beanstandet, so ist die Aufzeichnung aufzubewahren, bis die Beanstandung durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, durch gerichtlichen Vergleich oder auf andere Weise erledigt ist.

§ 11

Spartenprogramme

(1) Der Westdeutsche Rundfunk Köln bietet im Versuchsgebiet Spartenprogramme (§ 4 Abs. 2 Satz 2) an, das Zweite Deutsche Fernsehen kann Spartenprogramme anbieten.

(2) Die Gesamtheit der Spartenprogramme umfaßt vielfältige Einzelprogrammbeiträge aus einer möglichst großen Zahl von Lebens- und Interessenbereichen; dabei müssen Information, Bildung und Unterhaltung in angemessenem Verhältnis stehen.

§ 12

Teilnahmegebühr für Rundfunkversuchsprogramme

(1) Neben der Rundfunkgebühr ist von den Teilnehmern am Modellversuch eine zusätzliche Teilnahmegebühr für Rundfunkversuchsprogramme zu entrichten. Die Teilnahmegebühr besteht aus einer Grundgebühr sowie den Zusatzgebühren für Spartenprogramme.

(2) Jeder Teilnehmer am Modellversuch hat für jedes von ihm zum Empfang von Rundfunkversuchsprogrammen bereitgehaltene Fernsehempfangsgerät eine Grundgebühr zu entrichten. Er hat ferner Zusatzgebühren (Pauschal- und Einzelgebühren) für die Nutzung von Spartenprogrammen zu leisten.

(3) Auf die Teilnahmegebühr finden Artikel 3 Abs. 3, Artikel 4 und 5, Artikel 8 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 bis 5 sowie Artikel 9, auf die Grundgebühr auch Artikel 6 des Staatsvertrages über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens vom 5. Dezember 1974 (GV. NW. 1975, S. 278) entsprechende Anwendung. Der an das Zweite Deutsche Fernsehen abzuführende Anteil der Grundgebühr wird durch Rechtsverordnung der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Landtags nach dem Verhältnis des Anteils der Anstalt an den Rundfunkversuchsprogrammen mit Ausnahme der Spartenprogramme festgesetzt. Die Zusatzgebühren (Absatz 2 Satz 2) sind an das Zweite Deutsche Fernsehen für die von der Anstalt angebotenen Spartenprogramme abzuführen.

(4) Die Landesregierung setzt die Höhe der Grundgebühr sowie die Höchstgrenzen für Pauschal- und Einzelgebühren bei den Zusatzgebühren durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Landtags fest. Die Teilnahmegebühr darf den Betrag nicht überschreiten, der sich bei kabelgebundener Verbreitung der Rundfunkversuchsprogramme unter Bedingungen des Dauerbetriebes ergeben würde; die Grundgebühr soll die Höhe der jeweiligen monatlichen Rundfunkgebühr erheblich unterschreiten.

(5) Natürliche Personen, die von der Rundfunkgebührenpflicht befreit sind, brauchen die Grundgebühr nicht zu entrichten.

(6) Nach Landesrecht zuständige Stelle im Sinne von Artikel 3 Abs. 2 des Staatsvertrages über die Höhe der Rundfunkgebühr und zur Änderung des Staatsvertrages über einen Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten vom 6. Juli/26. Oktober 1982 (GV. NW. 1983, S. 226) ist der Westdeutsche Rundfunk Köln. Aus dem nach Artikel 3 Abs. 1 des Staatsvertrages bereitgestellten Betrag sind entsprechend dem Anteil des Zweiten Deutschen Fernsehens an den Rundfunkversuchsprogrammen mit Ausnahme der Spartenprogramme auch die durch Rundfunkdienste dieser Anstalt entstehenden Kosten für Inve-

stitutionen und für den technischen Betrieb der Kabelfernsehzentrale einschließlich Studioteknik und Verwaltungskosten zu bestreiten.

§ 13

Datenschutz

(1) Soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, sind die jeweils geltenden Vorschriften über den Schutz personenbezogener Daten anzuwenden.

(2) Personenbezogene Daten über die Inanspruchnahme von Spartenprogrammen (§ 11) dürfen nur abgefragt und gespeichert werden, soweit und solange diese erforderlich sind, um

1. diese Programme dem Teilnehmer zugänglich zu machen (Verbindungsdaten),

2. die Abrechnung der für die Inanspruchnahme dieser Programme vom Teilnehmer zu leistenden Gebühren zu ermöglichen (Abrechnungsdaten).

(3) Die Speicherung der Abrechnungsdaten (Absatz 2 Nr. 2) darf Zeitpunkt, Dauer, Art, Inhalt und Häufigkeit bestimmter vom einzelnen Teilnehmer in Anspruch genommener Spartenprogramme nicht erkennen lassen, es sei denn, der Teilnehmer beantragt eine andere Art und Weise der Speicherung. An Dritte dürfen diese Abrechnungsdaten nur auf Grund einer besonderen Rechtsvorschrift übermittelt werden, an den Westdeutschen Rundfunk Köln nur, soweit die Übermittlung zur Erhebung der von den einzelnen Teilnehmern zu leistenden Gebühren erforderlich ist. Die Abrechnungsdaten sind zu löschen, sobald sie für Zwecke der Abrechnung nicht mehr erforderlich sind. Verbindungsdaten gemäß Absatz 2 Nr. 1 im übrigen sind nach Ende der jeweiligen Verbindung zu löschen; ihre Übermittlung an Dritte einschließlich der am Modellversuch beteiligten Rundfunkanstalten ist unzulässig.

(4) Zu Zwecken der wissenschaftlichen Begleitforschung sowie zur Feststellung der Akzeptanz bei Rundfunk- und anderen Diensten dürfen personenbezogene Daten nur abgefragt und gespeichert werden, wenn der Betroffene eingewilligt hat; über die Bedeutung der Einwilligung ist er vorher in geeigneter Weise aufzuklären. Eine weitere Datenverarbeitung ist nur zulässig, wenn die Einzelangaben so anonymisiert werden, daß sie dem Betroffenen nicht mehr zuzuordnen sind.

(5) Personenbezogene Daten, die über Absatz 2 bis 4 hinaus im Zusammenhang mit dem Modellversuch abgefragt und gespeichert werden, dürfen an Dritte einschließlich der am Modellversuch beteiligten Rundfunkanstalten nur übermittelt werden, wenn der Betroffene eingewilligt hat. Absatz 4 Satz 1, 2. Halbsatz, und Satz 2 findet Anwendung.

(6) Die Auskunfts-, Berichtigungs-, Löschungs- und Sperrungsansprüche des Betroffenen nach Datenschutzrecht bleiben unberührt. Der Betroffene hat ferner Anspruch auf Löschung der Abrechnungs- und Verbindungsdaten, soweit diese nach Absatz 3 zu löschen sind.

(7) Wer Abrechnungs- und Verbindungsdaten abfragt und speichert, hat die technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, die über die Vorschriften der Datenschutzgesetze hinaus erforderlich sind, um sicherzustellen, daß die Verbindungsdaten unmittelbar nach Ende der Verbindung gemäß Absatz 3 Satz 4 und daß die Abrechnungsdaten gemäß Absatz 3 Satz 3 gelöscht werden.

(8) Die für die Einhaltung der vorstehenden Bestimmungen und der Bestimmungen der Datenschutzgesetze jeweils zuständigen Stellen arbeiten zur Gewährleistung des Datenschutzes beim Modellversuch zusammen. Sie gehen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse wechselseitig Hinweisen auf Verstöße gegen Datenschutzvorschriften beim Modellversuch nach und unterrichten sich wechselseitig über das Ergebnis ihrer Prüfung über die zuständige oberste Landesbehörde.

§ 14

Geheimhaltung

Die im Rahmen des Modellversuchs bei technischen Einrichtungen tätigen Personen sind zur Geheimhaltung

der bei ihrer Tätigkeit bekanntgewordenen personenbezogenen Daten verpflichtet, soweit diese nicht offenkundig sind oder ihrer Natur nach der Geheimhaltung nicht bedürfen.

§ 15

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) über den gemäß § 13 Abs. 2 zulässigen Rahmen hinaus personenbezogene Daten abfragt oder speichert,
- b) Abrechnungsdaten unter Verletzung der in § 13 Abs. 3 Satz 1 festgelegten Pflichten speichert,
- c) über den gemäß § 13 Absatz 3 Satz 2 zulässigen Rahmen hinaus oder entgegen § 13 Abs. 3 Satz 4, 2. Halbsatz, personenbezogene Daten übermittelt,
- d) entgegen § 13 Abs. 3 Satz 3 oder Satz 4, 1. Halbsatz, personenbezogene Daten nicht löscht,
- e) zu Zwecken der wissenschaftlichen Begleitforschung sowie zur Feststellung der Akzeptanz bei Rundfunk- und anderen Diensten personenbezogene Daten unter Verletzung der in § 13 Abs. 4 Satz 1 oder 2 festgelegten Pflichten abfragt, speichert oder weiterverarbeitet,
- f) unter Verletzung der in § 13 Abs. 5 Satz 1 und Satz 2 in Verbindung mit Absatz 4 Satz 1, 2. Halbsatz, festgelegten Pflichten die dort genannten personenbezogenen Daten übermittelt oder unter Verletzung von § 13 Abs. 5 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 4 Satz 2 weiterverarbeitet,
- g) entgegen § 13 Abs. 7 die dort genannten Maßnahmen nicht trifft,
- h) entgegen § 3 Abs. 3 Satz 1 oder Satz 2 die Rückkanaltechnik für Abstimmungen oder Wahlen oder für Meinungsumfragen über Angelegenheiten, die in den gesetzgebenden Organen des Bundes, des Landes Nordrhein-Westfalen, in den Vertretungskörperschaften der Stadt Dortmund oder des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe behandelt werden, nutzt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50 000 DM geahndet werden. Absatz 1 ist nur anzuwenden, soweit die Handlungen nicht in anderen Vorschriften mit Strafe bedroht sind.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Regierungspräsident Arnsberg.

§ 16

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 20. Dezember 1983

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.)

Johannes Rau

- GV. NW. 1983 S. 640.

223

Verordnung über Einzelheiten der Förderung von Einrichtungen der Weiterbildung

Vom 13. Dezember 1983

Aufgrund des § 28 Abs. 6 des Weiterbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Mai 1982 (GV. NW. S. 276) wird verordnet:

§ 1

Beginn der Förderung von Einrichtungen in anderer Trägerschaft

(1) Die Förderung einer Einrichtung der Weiterbildung aus Mitteln des Landes beginnt bei einer Einrichtung in anderer Trägerschaft mit dem Zeitpunkt, in dem die Anerkennung wirksam wird.

(2) Abschlagszahlungen werden im ersten Jahr der Förderung auf der Grundlage des voraussichtlichen Landeszuschusses festgesetzt.

§ 2

Erstattung von Personalkosten

Personalkosten für eine Stelle werden nur erstattet, soweit diese mit einem hauptamtlichen oder hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter besetzt ist, dessen Arbeitszeit bei der Einrichtung den tarifvertraglichen bzw. dienstrechtlichen Regelungen des öffentlichen Dienstes entspricht. Entsprechendes gilt, wenn eine Stelle mit zwei teilzeitbeschäftigten hauptamtlichen oder hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeitern besetzt ist.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1984 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Regelung von Einzelheiten der Förderung von Einrichtungen der Weiterbildung vom 11. März 1975 (GV. NW. S. 256) außer Kraft.

Düsseldorf, den 13. Dezember 1983

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.)

Johannes Rau

Der Kultusminister

H. Schwier

- GV. NW. 1983 S. 644.

77

Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes (LWG)

Vom 20. Dezember 1983

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

Das Landeswassergesetz (LWG) vom 4. Juli 1979 (GV. NW. S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. November 1982 (GV. NW. S. 699), wird wie folgt geändert:

1. § 51 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Bestimmungen dieses Abschnittes gelten nicht

1. für das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Abwasser, das auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht wird, sofern das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung nicht überschritten wird,

2. für unverschmutztes Abwasser, welches zur Gewinnung von Wärme abgekühlt wurde,
3. für Niederschlagswasser, welches auf überwiegend zu Wohnzwecken genutzten Gebieten anfällt und ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit versickert, verregnet, verrieselt oder in ein Gewässer eingeleitet werden kann.

Im Falle der Nummer 3 bleibt das Recht der Gemeinde unberührt, durch Satzung den Anschluß des Niederschlagswassers an die öffentliche Kanalisation zu fordern; fordert die Gemeinde den Anschluß, finden die Vorschriften dieses Abschnittes Anwendung."

2. § 53 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Gemeinden haben das auf ihrem Gebiet anfallende Abwasser zu beseitigen und die dazu notwendigen Anlagen (Abwasseranlagen) zu betreiben, soweit nicht nach den folgenden Vorschriften andere zur Abwasserbeseitigung verpflichtet sind oder ein für verbindlich erklärter Abwasserbeseitigungsplan andere zur Abwasserbeseitigung verpflichtete Träger ausweist. Soweit dies noch erforderlich ist, haben die Gemeinden die notwendigen Abwasseranlagen in angemessenen Zeiträumen zu errichten, zu erweitern oder den Anforderungen der §§ 18 b WHG und 57 dieses Gesetzes anzupassen. Die Gemeinden legen der oberen Wasserbehörde eine Übersicht über den Stand der öffentlichen Abwasserbeseitigung sowie über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der nach Satz 2 noch erforderlichen Maßnahmen vor (Abwasserbeseitigungskonzept). Das Abwasserbeseitigungskonzept ist jeweils im Abstand von fünf Jahren erneut vorzulegen. Es wird von der Gemeinde erarbeitet, im Gebiet von Abwasserverbänden im Benehmen mit dem Abwasserverband. Die vom Abwasserverband gemäß § 54 Abs. 1 als Verbandsunternehmen übernommenen Maßnahmen sind nachrichtlich auszuweisen. Die oberste Wasserbehörde bestimmt durch Verwaltungsvorschrift, welche Angaben in das Abwasserbeseitigungskonzept zwingend aufzunehmen sind und in welcher Form sie dargestellt werden. Die obere Wasserbehörde kann zur Durchführung einzelner nach Satz 2 erforderlicher Maßnahmen angemessene Fristen setzen, wenn solche Maßnahmen im Abwasserbeseitigungskonzept nicht oder erst nach Ablauf unangemessen langer Zeiträume vorgesehen sind oder wenn die Gemeinde ohne zwingenden Grund die Durchführung von im Abwasserbeseitigungskonzept vorgesehenen Maßnahmen verzögert.“

3. In § 53 Abs. 4 Satz 1 und 2 werden die Worte „Die obere Wasserbehörde“ ersetzt durch die Worte „Die nach § 30 Abs. 1 für die Erlaubnis der Einleitung zuständige Behörde ...“.
4. Nach § 53 wird folgender § 53 a eingefügt:

„§ 53 a
Übergangsregelung

Kann die Gemeinde das Abwasser aus einem Gewerbebetrieb, einer anderen Anlage oder das Abwasser, das auf Grundstücken anfällt, in Erfüllung der ihr nach § 53 Abs. 1 insgesamt obliegenden Verpflichtungen erst später übernehmen, hat bis zur Übernahme derjenige das Abwasser zu beseitigen und die für die Zwischenzeit erforderlichen Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, bei dem das Abwasser anfällt. Ihm können die dafür erforderlichen Genehmigungen erteilt und die Abwasser-einleitung erlaubt werden, bis die Übernahme des Abwassers durch die Gemeinde erfolgt.“

5. § 54 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Abwasserverbände sind an Stelle der Gemeinden zur Abwasserbeseitigung verpflichtet, soweit sie diese als Verbandsunternehmen übernehmen (Zugriff). Erfolgt der Zugriff des Abwasserverbandes auf eine Maßnahme der Abwasserbeseitigung erst nach Vorlage des Abwasserbeseitigungskonzepts gemäß § 53 Abs. 1, ist der Abwasserverband an den im Abwasserbeseitigungskonzept vorgesehenen Zeitraum für die Durchführung der Maßnahme gebunden. § 53 Abs. 1 Satz 8 findet entsprechende Anwendung. Die Befugnis des Verbandes, statt der von der Gemeinde vorgesehenen Maßnahme eine andere für die Reinhaltung der Gewäs-

ser gleichwertige Maßnahme durchzuführen, bleibt unberührt.“

6. In § 58 Abs. 2 wird folgender Satz 6 neu eingefügt:

„Ein baurechtliches Prüfzeichen ersetzt für serienmäßig hergestellte Anlagen zur Behandlung von Schmutzwasser aus Haushaltungen oder ähnlichem Schmutzwasser die Bauartzulassung, wenn die Anlage für nicht mehr als acht Kubikmeter je Tag bemessen ist.“

7. In § 58 Abs. 3 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Sofern der Betreiber der Abwasserbehandlungsanlage das Abwasser einer öffentlichen Kanalisation übergibt, kann ihm aufgegeben werden, bestimmte Werte im Ablauf der Anlage einzuhalten.“

3. In § 69 Abs. 1 Sätze 1, 4, 5, 6 sind jeweils die Worte „oder Bezugswerte“ zu streichen.

9. In § 140 Abs. 1 werden vor dem Wort „Zuständigkeit“ die Worte „örtliche oder sachliche“ eingefügt.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 20. Dezember 1983

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.) Johannes Rau

Der Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Klaus Matthiesen

– GV. NW. 1983 S. 644.

7831

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Tierseuchenrechts

Vom 13. Dezember 1983

Aufgrund des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes (LOG. NW.) vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 1979 (GV. NW. S. 964), wird nach Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Landtags verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Tierseuchenrechts vom 13. November 1979 (GV. NW. S. 872), geändert durch Verordnung vom 29. Dezember 1980 (GV. NW. 1981 S. 10), wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1
Grundsatz

Zuständige Behörde im Sinne des Tierseuchengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 386) und aufgrund des Tierseuchengesetzes erlassener Rechtsverordnungen ist nach § 1 Abs. 5 des Ge-

setzes zur Ausführung des Viehseuchengesetzes (AGVG-NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 1973 (GV. NW. S. 392), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Mai 1982 (GV. NW. S. 248), die Kreisordnungsbehörde, soweit in der Viehseuchenverordnung zur Ausführung des Tierseuchengesetzes (VATierSG NW) vom 24. November 1964 (GV. NW. S. 359), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. April 1982 (BGBl. I S. 503), oder in dieser Verordnung keine abweichende Zuständigkeitsregelung getroffen ist."

2. In § 5 werden die Wörter „geändert durch Verordnung vom 27. Februar 1978 (BGBl. I S. 375)“ durch die Wörter „zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Januar 1981 (BGBl. I S. 130)“ ersetzt.
3. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7

Klauentiere-Ausfuhrverordnung

Zuständige Behörde im Sinne der Klauentiere-Ausfuhrverordnung vom 28. Juli 1981 (BGBl. I S. 723), geändert durch Verordnung vom 13. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1683), ist

1. für die Zulassung von Ausnahmen bei der Ausfuhr von Rindern und Schweinen nach § 8 Abs. 1, für die Zulassung von Ausnahmen bei der Ausfuhr von Fleisch und Fleischerzeugnissen nach § 13 Abs. 1 und für die Bestimmung der Untersuchungsstelle nach Nummer 1 der Anlage 3 zu § 7 der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
2. für die Zulassung eines Marktes nach § 4 Abs. 1 der Regierungspräsident."
4. In § 8 werden die Wörter „Gesetz vom 2. September 1975 (BGBl. I S. 2313)“ durch die Wörter „Verordnung vom 23. April 1982 (BGBl. I S. 503)“ ersetzt.
5. In § 12 werden nach den Wörtern „(BGBl. I S. 2852)“ ein Komma und die Wörter „zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. April 1982 (BGBl. I S. 503)“, eingefügt.
6. In § 16 werden die Wörter „27. September 1978 (BGBl. I S. 1618)“ durch die Wörter „13. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1690)“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Dezember 1983

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.) Johannes Rau

Der Minister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Klaus Matthiesen

- GV. NW. 1983 S. 645.

7842

**Verordnung
über Zuständigkeiten nach der
Schulmilch-Beihilfen-Verordnung**

Vom 13. Dezember 1983

Auf Grund des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 1979 (GV. NW. S. 984), wird nach Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Landtags verordnet:

§ 1

Zuständige Stelle und zuständige Behörde im Sinne der Schulmilch-Beihilfen-Verordnung vom 9. August 1983 (BGBl. I S. 1093) ist das Landesamt für Ernährungswirtschaft Nordrhein-Westfalen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 13. Dezember 1983

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.) Johannes Rau

Der Minister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
des Landes Nordrhein-Westfalen

Klaus Matthiesen

- GV. NW. 1983 S. 646.

Einzelpreis dieser Nummer 1,60 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (02 11) 68 88/2 38 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 41,30 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 82,60 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (02 11) 68 88/2 41, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0340-681 X